

Auer Tageblatt

Veröffentlichungen nehmen die Anzeigen und die Anzeigen die Poststellen entgegen. — Erscheint werktäglich. Preis pro Stück 10 Pf. — Postamt - Anschluss Nr. 53.

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen nehmen die Anzeigen entgegen. — Erscheint werktäglich. Preis pro Stück 10 Pf. — Postamt - Anschluss Nr. 53.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aus. Postfach-Nr. 1000

Nr. 288

Donnerstag, den 11. Dezember 1924

19. Jahrgang

Die Schwierigkeiten der Regierungsbildung.

Bürgerblock oder Koalitionsregierung?

Das endgültige Wahlergebnis.

Berlin, 9. Dez. Nach den letzten Berechnungen des Statistischen Reichsamtes dürfte sich der zukünftige Reichstag aus 498 Abgeordneten zusammensetzen. Davon entfallen auf die Sozialdemokraten 131, Deutschnationalen 108, Zentrum 89, Kommunisten 45, Deutsche Volkspartei 51, Deutschnationale 14, Demokraten 32, Bayerische Volkspartei 19, Wirtschaftspartei 17, Landbund 8, Deutsch-Hannoveraner 4. Dieses Ergebnis kann als das endgültige vorläufige Ergebnis der Berechnung angesehen werden.

Das Wahlergebnis.

Von Prof. Dr. Walter Goeß, M.D.R.

Das Ergebnis der Reichstagswahl wird niemand recht befriedigen — auch die Sozialdemokraten nicht, sobald sie über den sich sehr stattlichen Gewinn von 30 Mandaten hinausdenkt. Die Niederlage der Wirtschaftspartei ist zwar sehr erfreulich, und ebenso der Rückgang der Kommunisten, aber daß diese noch immer über 40 Mandate behalten haben, wird den ruhigen Fortgang der Reichstagsverhandlungen erschweren. Die grundsätzliche Opposition, die alles, was von der Regierung und von der Republik kam, verneinte, ist allerdings von 199 (108 Deutschnationale, 92 Wirtschaftspartei, 82 Kommunisten) auf 102 + 14 + 45 herabgesunken, und insofern ist der Ausgang der Wahl ein Sieg der Mitte und der Regierung.

Aber auf die Frage, wer nun regieren soll, gibt das Wahlergebnis leider keine genügend klare Antwort. Die Gesamtzahl der Abgeordneten ist — soweit die Zahlen bisher vorliegen — auf 489 gestiegen; die einfache Mehrheit des Reichstages beträgt also 245 Stimmen. Die bisherigen Regierungsparteien sind demgegenüber auch jetzt eine Minderheit von nur 150 Mann. Es bedarf also des Zutritts von einer der beiden Flügelparteien, damit eine Mehrheit zustande kommt. Daß diese Mehrheit nicht durch die Deutschnationalen gebildet werden kann, ist wohl klar, denn Demokraten und Zentrum werden auch jetzt nicht geneigt sein, sich für den Bürgerblock einzusetzen. Der Eintritt der Sozialdemokratie in die Regierung wäre die einfachste Lösung — wie hätten die Große Koalition wieder, nach der sich auch Herr Dr. Stresemann so aufrichtig sehnt. Aber: wird die Sozialdemokratie mitregieren wollen? Und wird die Deutsche Volkspartei der großen Koalition zustimmen? Zwar wird die Deutsche Volkspartei sicherlich vorsichtiger geworden sein, nachdem ihre Regierungsumbildungspolitik unzweifelhaft gescheitert ist und einen Rückschlag zur Folge gehabt hat. Aber die Deutsche Volkspartei könnte sich auch vergrößert zurückziehen und den anderen die Regierungsbildung überlassen. Eine aus Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten gebildete Regierung hat wohl wenig Aussicht auf Bestand, denn das Zentrum hat diese Möglichkeit im Oktober ziemlich bestimmt abgelehnt. Und eine sichere Mehrheit für die Regierung ergäbe sich damit noch nicht, denn diese drei Parteien haben zusammen nur 280 Mandate.

Man wird also in erster Linie die große Koalition zu bilden versuchen. In zweiter Linie käme die Fortsetzung der bisherigen Minderheitsregierung in Frage. Der Geschicklichkeit des Reichskanzlers bliebe es wie bisher überlassen, sich seine Mehrheit von rechts oder von links her zu bilden. Er ist dabei im letzten Jahre nicht schlecht gefahren. Aber dieses Ergebnis hätte er billiger haben können, wenn er schon im Oktober den Rat der Demokratischen Partei befolgt und ohne Ausübung vor den Reichstag getreten wäre. Einmal erleichtert ist allerdings die Aufgabe des Kanzlers durch die Ausschaltung der Wirtschaftspartei — das sei als besonders erfreulich zum Schluß noch einmal festgestellt.

Reichstagszusammentritt Anfang Januar.

Aus dem Reichstag erfährt eine parlamentarische Korrespondenz, daß der Zusammentritt des neuen Reichstages aller Voraussicht nach erst in den ersten Tagen des Januar 1925 erfolgen wird, da die endgültige Feststellung der Wahlergebnisse angesichts der vorgenommenen Doppelwahl zum Reichstag und zum preussischen Landtag erst in den letzten Tagen des Dezember zu erwarten steht. Die Einberufung des Reichstages erfolgt durch den bisherigen Präsidenten, der nach Artikel 27 der Reichsverfassung bis zum Zusammentritt des neuen Reichstages im Amte bleibt.

Die Aussichten der großen Koalition.

Berlin, 9. Dez. Aus dem Wirrwarr der Meinungen, die das unklare Ergebnis der Reichstagswahlen in der Berliner Öffentlichkeit entfesselt hat, läßt sich auch heute noch keine klare Linie konstruieren. Nach wie vor ist gänzlich unsicher, auf welcher Parteilagergruppe sich die neue Reichsregierung aufbauen wird.

Die Bürgerblock-Regierung, nach der die Presse der Rechten heftig verlangt, kann rein zahlenmäßig nur zustandekommen, wenn das Zentrum sich an ihr beteiligt. Wird der Linke, im Dr. Birth gruppierte Zentrumswingler stark genug sein, um sich einem Vormarsch der Partei nach rechts, der höchstwahrscheinlich auch die Aufopferung des Kanzlers Marx bedeutete, erfolgreich widerlegen zu können? Das ist im höchsten Grad zweifelhaft. Im letzten Herbst erst zeigte es sich ja bei der alten Zentrumsfaktion, daß sie in ihrer Mehrheit nicht abgeneigt war, sich an den Bürgerblockexperimenten der Volkspartei aktiv zu beteiligen. Die neue Fraktion dürfte nicht viel anders denken. Jedenfalls enthalten sich heute auch prominenteste Zentrumsglieder jeder Prophezeiung über die Regierungsbildung.

Was nun das Zustandekommen der gegenseitlichen Kombination, der sogenannten großen Koalition, angeht, so liegt die Entscheidung darüber sowohl bei der Volkspartei als auch bei der Sozialdemokratie. In der Sozialdemokratie scheint zum mindesten in der Führerschaft die Bereitschaft, es unter gewissen Bedingungen (wie sie etwa Böbe soeben formuliert hat) noch einmal mit der großen Koalition zu versuchen, ziemlich weit, wenn auch nicht allgemein, verbreitet zu sein. Andererseits machen sich in der Partei aber doch auch sehr starke Besorgnisse bemerkbar. Durch die volle Verantwortung für die Taten einer Regierung, an der man vielleicht nur in nebenhelferlicher Weise beteiligt ist, fürchtet man, das Vertrauen der Wähler, die man soeben erst dem Kommunismus entriß, wieder zu verlieren und damit den jetzt eingeleiteten Aufstieg der Partei aufs neue zu unterbrechen.

Was dann die Volkspartei angeht, so zeigt sie natürlich das Bestreben, ihre Beteiligung an der großen Koalition so teuer wie möglich zu verkaufen. Außerdem soll Stresemann, der persönlich wahrscheinlich durchaus nicht abgeneigt wäre, sich an der großen Koalition zu beteiligen, doch befürchten, daß seine Partei im Wahlkampf „durch die Schuld der Demokraten“ allzuweit nach rechts abgedrängt worden sei, so daß er sie jetzt nicht ohne weiteres auf die Basis der großen Koalition zurückführen könne, ohne sie der Gefahr der Zerstückelung auszuliefern. Daß die Volkspartei in den letzten Monaten tatsächlich, wenn auch nicht durch demokratisches Verschulden, sondern einfach durch ihre eigenen Handelsgeschäfte mit den Deutschnationalen, stark nach rechts hinübergezogen worden ist, läßt sich ja allerdings nicht verkennen.

Eine Koalitionsregierung aus sieben Parteien.

Wie sich in den Köpfen der Reichspresse die Bildung einer neuen Koalitionsregierung ausnimmt, davon gibt eine Auserwählung des deutschnationalen „Chemnitzer Tageblattes“ Kunde. Das Blatt denkt sich die Sache so:

„Ein Bürgerblock von 265 Sitzen aus Deutschnationalen, Deutscher Volkspartei, Nationalsozialisten, Zentrum, Bayerischer Volkspartei, Landbund und Hannoveranern (Waffen) würde am ehesten dem Wahlergebnis entsprechen. Ihm gegenüber wären Sozialdemokraten, Demokraten und Bayerischer Bauernbund bei 179 Sitzen in der Minderheit; außerhalb ständen die Kommunisten mit 45 Sitzen.“

Deutsche Volkspartei und Nationalsozialisten, warum denn nicht? Aber das Zentrum dürfte die Gefolgschaft der Hitlerleute und Patentbrecher höchlichst, doch entschieden ablehnen.

So geht die Sache bestimmt nicht.

Die Deutschnationalen drohen.

Berlin, 9. Dez. In einem Vertreter des „Tempo“ äußert sich einer der hervorragendsten Führer der deutschnationalen Volkspartei: Die Bildung der großen Koalition ebenso wie die Beibehaltung der bisherigen mit Unterstützung durch die Linke würde die Deutschnationalen zur rückwärtschweifenden Opposition veranlassen. Es bleibt also nur übrig, das Kabinett im Sinne einer Rechtsweiterentwicklung umzubilden.

Die Reparationszahlungen seit Inkrafttreten des Dawes-Planes.

Der Reparationsagent gibt nunmehr den Ausweis über die Einnahmen und Ausgaben auf Reparationskonto für die Monate September bis November bekannt. Die Einnahmen werden mit 285,92 Millionen Mark und die Ausgaben mit 225,02 Millionen Mark bis zum 30. November und der Barbestand mit 10,89 Millionen Mark angeführt. Aus der 20prozentigen Exportabgabe sind in England 47,28 und in Frankreich 1,74 Millionen Mark erhoben, die den beiden Ländern a conto Reparationen wieder gutgebracht worden sind. Frankreich hat weiterhin rund 22 Millionen Kohlen- und sonstige Sachlieferungen, etwa 15 Millionen für Transportkosten, 7,6 Millionen für Ausbeutung der Salzbetriebe und 45,5 Millionen für die Besatzungsarmee-Requisitionen usw. erhalten. England hat rund 12 Millionen für Lieferungen von Rohstoffen und pharmazeutische Produkte sowie für die Luftverbindungen für die Besatzungsarmee gutgeschrieben erhalten. Für Italien wird eine Guthrift von 18,9 Millionen für Lieferungen und Transportkosten, für Belgien 15,8 Millionen angeführt. Die Lieferungen für Japan sind mit 0,77 Millionen Mark, für Schweden mit 0,1 Millionen, für Rumänien mit 1,86 Millionen, für Portugal mit 0,5 Millionen, für Griechenland mit 0,27 Millionen gebucht. Große Summen mußten für die internationalen Kommissionen mit insgesamt 9,2 Millionen verwendet werden. 7,8 Millionen werden für den Dienst der Dawes-Anleihe beansprucht. Der Generalagent selbst hat für sein Büro 860 000 Goldmark beansprucht.

Eröffnung der Völkerbundstagung in Rom.

Paris, 8. Dezember. Aus Rom wird gemeldet: Heute um 4 Uhr nachmittags hielt der Völkerbundrat eine öffentliche Sitzung ab, welcher das gesamte diplomatische Korps beiwohnte, sowie die Mitglieder der italienischen Regierung und die hohen Beamten des Quirinal und zahlreiche italienische und ausländische Journalisten. Salandra begrüßte die Mitglieder des Völkerbunds im Namen der italienischen Regierung und dankte ihnen, daß sie die Tagung nach Rom einberufen hätten. Der Präsident des Völkerbunds, der Brasilianer Wileo Franco, hielt eine Dankansprache, worin er ausführte, daß der Völkerbund zahlreiche Probleme zu lösen habe. Die Kamelienheit des englischen Außenministers sei ein neuer Beweis für das Interesse, welches die englische Regierung den Arbeiten des Völkerbundes entgegenbringe.

Der englische Staatssekretär Chamberlain rühmte das Werk, welches der Völkerbund bisher vollbracht habe und schloß sich den Worten an, welche Lord Balfour gesprochen hatte: „Wenn es keinen Völkerbund gäbe, müßte man einen erfinden.“ Das englische Reich habe bewiesen, welches Vertrauen es in den Völkerbund setze, indem es die provisorische Entscheidung des Völkerbunds in der Frage der Grenzen im Irak angenommen habe, indem er erklärte, daß es sich im Voraus der Schlichtung des Völkerbundes füge wolle.

Rom, 9. Dez. Zu dem englischen Vortragsantrag betreffend die im Genfer Protokoll vorgesehenen Arbeiten, worüber der Völkerbund in seiner jetzigen Session hinsichtlich der Rüstungskonferenz hätte beschließen wollen, wurde heute nachmittags auf Antrag des Berichterstatters Bensch eine Resolution gefaßt, wonach diese vorbereitenden Arbeiten auf die Tagesordnung der nächsten Session gesetzt werden, die im März 1925 abgehalten werden soll. Chamberlain begründete den Vortragsantrag der englischen Regierung und erklärte, den englischen Antrag bezwecke nur eine Vertagung der Diskussion.

Rom, 9. Dez. Der Völkerbundrat hat beschlossen, für den 4. Mai 1925 nach Genf eine internationale Konferenz zum Abschluß einer Konvention über die Kontrolle des internationalen Handels mit Waffen, Munition und Kriegsmaterial einzuberufen. An der Konferenz können auch solche Staaten teilnehmen, die nicht Mitglieder des Völkerbundes sind. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat dem Völkerbundsekretariat auf dessen Einladung mitgeteilt, daß sie der Einberufung dieser Konferenz zustimme.

Neuer deutscher Völkerbundantrag!

London, 9. Dez. Wie die „Times“ aus Rom melden, ist die nächste Tagung des Völkerbundrates auf den 5. Februar nach Brüssel in Aussicht genommen. Die lange Unterredung, die der deutsche Außenminister Salandra gehabt hat, soll den deutschen Antrag nach Aufnahme in den Völkerbund für die Februartagung in bestimmter Aussicht gestellt haben.